

Tabak-Arbeiter

Erscheint Sonnabende, Redaktionschluss
Montags. Bezugspreis monatlich 40 A
ohne Frangierlohn. Anzeigenpreis 35 A
für die sechsheftigen Millimeterzeile.
Redaktion, Expedition, Verlag: Bremen,
Lin der Weide 20. Tel. Domsheide 2 07 80

Organ des
Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Ver-
antwortlich: für den redaktionellen Teil
Heinrich Husung, für die Anzeigen Oswald
Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-
Verband, Ferdinand Husung. Druck: J. D.
Schmalstieg & Co. Sämtlich in Bremen

Nummer 50

Bremen, 10. Dezember

Jahrgang 1932

Rückschau auf das Verbandsjubiläum

Wer einen langen und beschwerlichen Weg hinter sich hat, darf, auch wenn er noch nicht am Ziele ist, wohl eine kurze Rast machen; einmal, um den Blick rückwärts gleiten zu lassen, dann aber auch, um neue Kräfte für die Zukunft zu sammeln. Ein solcher Tag der Rast war für die Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie der 22. November. Die festlich geschmückte Wandelhalle des Bremer Volkshauses vermochte kaum alle Angehörigen und Freunde der Tabakarbeiterbewegung zu fassen, die gekommen waren, um den 50. Geburtstag des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes mitzufeiern.

Von den Veteranen des Verbandes, die schon bis zum Sozialistengesetz für die Tabakarbeiterbewegung gewirkt, die Organisation 1882 wieder aufgerichtet und ihr seitdem die Treue gehalten haben, waren auf dem Jubiläum anwesend: Oswald Berndt (Plegitz), Gustav Borrmann (Dresden), Heinrich Fischfeld (Bremen), Wilhelm Heine (Hamburg), Louis Mehner (Bremen), Wilhelm Reinsberg (Verden) und Hermann Bollers (Verden). Außerdem waren sämtliche Teilnehmer des 21. Verbandstages und viele Verbandsmitglieder aus Bremen und der näheren Umgebung erschienen.

Die nichtanwesenden Verbandsveteranen Wilhelm Feld (Burgsteinfurt), Friedrich Geyer (Leipzig), Ernst Gotthardt (Altenburg), Oswald Müller (Freiberg), August Schramm (Frankfurt a. d. Oder) und Franz Werny (Halberstadt) hatten ihre Glückwünsche und den Dank für die Einladung schriftlich übermittelt.

Durch Glückwünsche, Blumenspenden, sonstige Aufmerksamkeiten oder eine Delegation zum Jubiläum haben des 50-jährigen Bestehens des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes gedacht: Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Verbände. Außerdem der Bezirksausschuß Hannover und der Ortsausschuß Bremen des ADGB, die Tabakarbeiterorganisationen in Belgien, Dänemark, England, Holland, Norwegen, Oesterreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz und der Tschechoslowakei. Ferner aus Bremen der Senat, die Arbeiterkammer, die Angestelltenkammer, die Volkszeitung, die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die

Firmen Martin Brinkmann AG. und Wilh. Brüggemann, und die Stenotypistinnen des Verbandsvorstandes.

Der Reichsarbeitgeber-Verband der Zigarettenindustrie und seine Ortsgruppe Dresden, der Deutsche Rauchtobak-Verband, der Deutsche Schnupftobak-Verband, sowie von unserem Verbands die Zahlstellen Altenburg, Bingen, Lübbecke, Nordhausen, Spremberg und die Kollegen Christange (Eisleben), Haugk (Wlotho), Hoffmeister (Seesen), Hucke (Köln), Huddalla (Dresden) und Scholl (Wiefental) sowie die Eintracht (Nordhausen) haben ebenfalls des Jubiläums gedacht. Ebenso eine Reihe von Gewerkschaftszeitungen durch Glückwunschartikel.

Eingeleitet wurde die Feier, die von Anfang bis zu Ende einen ernsten und würdigen Charakter trug, durch zwei vom Orchester des Deutschen Musiker-Verbandes großartig vorgetragene und von den Zuhörern mit großem Beifall aufgenommene Musikstücke: Die Ouvertüre „Die Hebriden“ von Mendelssohn und Präludien, Symphonische Dichtung von Liszt. Dem dann folgten Bremer Volkshor, der den Doppelchor im Lateran aus „Rienzi“ von Wagner sowie die Republikanische Hymne von Vendvai stimmungsvoll zu Gehör brachte, wurde ebenfalls lebhafter Beifall zuteil.

Nun betrat der Vorsitzende des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Ferdinand Husung, die Rednertribüne, um zunächst alle Teilnehmer des Verbandsjubiläums herzlich zu begrüßen. Dann zeichnete er mit einfachen und schlichten Worten ein abgerundetes Bild von dem erfolgreichen Wirken und den opferreichen Kämpfen der Tabakarbeiter und ihrer Organisationen. Die Raumverhältnisse des Verbandsorgans lassen es leider nicht zu, diese mit großem Beifall aufgenommene Rede, die einen nachhaltigen Eindruck hinterließ, ausführlich wiedergzugeben. Auszugsweise ist sie im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 48 in der nichtgehaltenen Rundfunkrede Ferdinand Husungs zu finden.

Nach Ferdinand Husung nahmen die Vertreter der Gäste das Wort. Zunächst Edmund Olsen (Kopenhagen) für die ausländischen Tabakarbeiterorganisationen, dann Gustav Borrmann (Dresden)

im Namen der Verbandsveteranen und zum Schluß Wilhelm Eggert (Berlin) im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der ihm angeschlossenen und auf dem Jubiläum vertretenen Verbände. In allen Reden, für die mit stürmischem Beifall gedankt wurde, fand die Verbundenheit der Gäste und der von ihnen vertretenen Organisationen mit der Tabakarbeiterbewegung wirkungsvollen Ausdruck. Jede Rede schloß mit dem Wunsche, daß der Deutsche Tabakarbeiter-Verband auch ferner blühen und gedeihen möge. Ferdinand Husung dankte in tiefbewegten Worten für alle Ehrungen, Aufmerksamkeiten und Glückwünsche und gelobte für die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, daß sie auch fernerhin innerhalb der Arbeiterbewegung, national und international, ihre volle Pflicht und Schuldigkeit tun werden.

Das Ende der gesanglichen Darbietungen brachte die vom Bremer Volkshor vortrefflich gesungene und begeistert aufgenommene „Internationale“ von Scherchen. Raum waren die letzten Töne dieses gewaltigen Kampfliedes verklungen, da setzte das Orchester des Deutschen Musiker-Verbandes wieder ein, um den Chor und Marsch aus „Tannhäuser“ von Wagner zu Gehör zu bringen, wofür ebenfalls durch lebhaften Beifall gedankt wurde. Und dann kam der Abschluß mit der Robespierre-Ouvertüre von Tietoff, die alle Teilnehmer des Jubiläums innerlich mitriß und zu stürmischen Beifallskundgebungen veranlaßte.

*

Nunmehr gehört das in jeder Beziehung vorzüglich gelungene Jubiläum aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, das niemals aus dem Gedächtnis der Teilnehmer gelöscht werden kann, der Vergangenheit an. Was aber nicht der Vergangenheit angehört, ist die Kampfschlossenheit und die Opferbereitschaft der Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie für ihre Sache. Ebenso wie die Veteranen der Tabakarbeiterbewegung werden sie für die Ausbreitung und Stärkung des gewerkschaftlichen Gedankens wirken, bis es dereinst keine Ausbeuter und Ausgebeutete mehr gibt.

Bericht vom 21. Verbandstag

Nach den Abstimmungen über die Anträge zum Bericht des Vorstandes und Ausschusses, über die wir in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ berichtet haben, erhält das Wort zum

Bericht der Mandatsprüfungskommission

R löppinger (Heidelberg): Die Mandatsprüfungskommission hat sich die Feststellungen der Zentral-Wahlprüfungskommission zu eigen gemacht und die von ihr getroffenen Anordnungen für richtig befunden. Sie beantragt, sämtliche Mandate für gültig zu erklären. Anwesend sind auf dem Verbandstag 69 Delegierte (davon 6 weibliche), 10 Vorstandsmitglieder, 10 Gauleiter (davon ein weiblich), 4 Beiratsmitglieder, ein Vorsitzender des Verbandsausschusses, ein Redakteur des Verbandsorgans und 3 Gäste. Davon gehören 3 (davon 2 weibliche) zur Beitragsklasse I, 5 zur Beitragsklasse II, 10 zur Beitragsklasse III, 18 (davon ein weiblich) zur Beitragsklasse IV und 61 (davon 4 weiblich) zur Beitragsklasse V. Ein Delegierter ist als Invalide beitragsfrei. Von den Teilnehmern des Verbandstages sind 4 bis zu 5 Jahren, 5 bis zu 10 Jahren, 26 bis zu 15 Jahren, 10 bis zu 20 Jahren, 11 bis zu 25 Jahren, 12 bis zu 30 Jahren, 26 bis zu 40 Jahren, 4 über 40 Jahre Mitglied des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes. Nach dem Beruf sind 55 Zigarrenarbeiter, 18 Zigarrensortierer und Ristenbelleher, 10 Zigarettenarbeiter, 9 Rauchtakarbeiter und 3 Rauch- und Schnupftakarbeiter.

Dem Antrag der Mandatsprüfungskommission, sämtliche Mandate für gültig zu erklären, wird einmütig zugestimmt.

Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung:

Anträge zum Verbandsstatut.

Das einleitende Referat hält der Kassierer **R r o h n** (Bremen): Die materielle Grundlage der Statuten liegt in der Beitragsleistung. Während die Zahl der Mitglieder in der niedrigeren Beitragsklasse 1929 48,09 v. H. betrug, beträgt sie jetzt 53,55 v. H. Dagegen ist in allen übrigen Beitragsklassen der Bombenertrag der Mitglieder zurückgegangen. Theoretisch wäre nun sehr leicht auszurechnen, wieviel Einnahmen durch Beiträge erzielt werden könnten, aber praktisch liegen die Dinge doch etwas anders. Die Einnahmen pro verkaufte Beitragsmarke betragen 1928: 50,38 \mathcal{M} , 1929: 49,86 \mathcal{M} , 1930: 50,30 \mathcal{M} , 1931: 49,89 \mathcal{M} und in den ersten 3 Quartalen 1932: 50,60 \mathcal{M} . Daneben betrug die durchschnittliche Beitragsleistung pro Mitglied und Jahr 1928: 20,02 \mathcal{M} , 1929: 18,01 \mathcal{M} , 1930: 18,10 \mathcal{M} , 1931: 15,73 \mathcal{M} und in den ersten 3 Quartalen 1932: 7,46 \mathcal{M} . Marken wurden pro Mitglied umgelegt:

	Klasse I	II	III	IV	V
1929	32,45	38,56	39,83	43,31	45,39
1930	33,40	37,78	37,91	40,34	41,83
1931	29,56	32,29	34,79	34,36	36,85
1932 (3 Quart.)	11,94	16,87	18,81	19,03	20,46

Diese Aufstellungen lassen deutlich erkennen, daß der Weg infolge der allgemeinen Verdienstsenkung in die niedrigeren Beitragsklassen geht. Unser Statut gibt die Möglichkeit, dem Verdienst entsprechende Beiträge zu leisten, wobei jedoch nicht übersehen werden darf, daß ein Teil der Mitglieder schon immer einen zu niedrigen Beitrag leistete. Nur die unterste Beitragsklasse macht eine Ausnahme. Der Vorstand beantragt nun für die Mitglieder mit einem Wochenverdienst bis zu 10 \mathcal{M} eine neue Beitragsklasse mit 35 \mathcal{M} Gesamtbeitrag und entsprechenden Unterstützungsätzen. Einen noch niedrigeren Beitrag festzusetzen ist unmöglich, wenn in dieser Klasse noch Unterstützungen gezahlt werden sollen. Die Tendenz aller zur Beitragsfestsetzung gestellten Anträge laufen auf eine Beitragsermäßigung hinaus, was praktisch auf eine Streichung der höchsten Beitragsklasse hinaus käme. Daran haben wir kein Interesse, weil in dieser Bei-

tragsklasse immerhin noch ungefähr 1000 Mitglieder sind, die auch zahlenmäßig die meisten Beiträge leisten. Gegen den Antrag Berlin, der die Richtlinien über den Erwerb bzw. Wiedererwerb der Mitgliedschaft durch arbeitslose Tabakarbeiter im Statut verankern will, bestehen die aller schwersten Bedenken, da es sich nur um eine vorübergehende Maßnahme handelt.

Soweit Anträge zu der Höhe der einzelnen Unterstützungsarten vorliegen, sind sie in der Hauptsache deswegen gestellt worden, um die Unterstützungsätze den zu ändernden Beiträgen anzupassen. Es erübrigt sich deshalb, hierauf näher einzugehen. Abgelehnt werden müssen jedoch alle Anträge, die eine Herabsetzung der Wartezeit usw. bezwecken, denn ihre Verwirklichung würde eine Erhöhung der Unterstützungsausgaben in sich schließen, die unter den augenblicklichen Verhältnissen in keiner Weise verantwortet werden könnte. Auch den Antrag Berlin, der die Worte „eigenes Verschulden“ aus den Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung streichen will, bitte ich abzulehnen, da mir nicht bekannt ist, daß aus dieser Fassung, die doch nur Mißbräuche ausschließen soll, jemals Differenzen entstanden wären. Nachdem Redner dann noch in ablehnendem Sinne zu den weiteren Berliner Anträgen zur Erwerbslosenunterstützung Stellung genommen hatte, begründete er eingehend die Anträge der Verbandsinstanzen zur Umzugs- und Jahrgeldunterstützung, die einmal als Voraussetzung für die Gewährung der Umzugsunterstützung den Nachweis annehmbarer Arbeit verlangen und zum andern für den Bezug der Jahrgeldunterstützung Höchstätze festlegen.

Den Anträgen, die eine Verbesserung und einen Ausbau der Invalidenunterstützung zum Ziele haben, muß die Zustimmung leider versagt werden, weil ihre Verwirklichung aus finanziellen Gründen nicht möglich ist. In den ersten 3 Quartalen d. J. haben wir bei einer Einnahme von rund 40 000 \mathcal{M} für die Invalidenunterstützung 20 000 \mathcal{M} zugelegt. Auch die Anträge, die einen besonderen Invalidenbeitrag einführen wollen, müssen abgelehnt werden, weil dieser ganze Unterstützungsweig auf den Gesamtbeiträgen ruht. Wollte man diese Grundlage verlassen und für die Invalidenunterstützung besondere Beiträge erheben, müßte das für alle Mitglieder und nicht nur für einen Teil derselben geschehen. Außerdem würde eine solche Umstellung aber auch eine bedeutende Beitragserhöhung zur Folge haben. Ebenso muß den Anträgen, die eine andere Verrechnung der Beiträge für den Unterstützungsbezug wollen, die Zustimmung versagt werden, weil sonst leicht der Fall eintreten könnte, daß derjenige, der keine oder nur wenige Beiträge zahlt, unter Umständen eine höhere Unterstützung erhält als derjenige, welcher Beiträge zahlt. Alle diese Erwägungen bitte ich bei der Beratung und Beschlußfassung über die Anträge zum Verbandsstatut zu berücksichtigen. Wir dürfen unter keinen Umständen Anträge annehmen, die das Finanzgebäude untergraben. Wir sollten froh sein, daß wir das Bestehende halten können (Beifall.)

Aussprache

S e l p i e n (Hamburg): Ich bin erfreut, daß der Vorstand eine neue Beitragsklasse einführen will und daß kein Abbau der Unterstützungsätze eintreten soll. Dank der vorsichtigen Finanzpolitik ist unser finanzielles Rückgrat ein gutes. Wenn wir die Unterstützungsätze in dieser schweren Zeit durchhalten wollen, dürfen dieselben nach keiner Seite hin erhöht werden. Unsere Angestellten sind keine Privatangestellte, sondern unsere Vertrauensleute.

H u s u n g (Bremen) Vorstand: Von einer gewissen Richtung wurde vor einer Tabakfabrik in der Nähe Bremens ein Sudelblatt

verbreitet mit der Ueberschrift „Der Sonnentag der Tabakarbeiter“. Ich stelle dazu fest, daß von den 69 Delegierten 40 aus den Betrieben sind und daß von den 29 Angestellten eine große Anzahl neben der Verwaltungsarbeit Hausflüsterertätigkeit ausübt.

S c h ä f e r (Hann.-Münden): Den Ausführungen Krohns schließe ich mich vollinhaltlich an und empfehle, die vom Vorstand und Verbandsbeirat vorgeschlagenen Maßnahmen zur einstimmigen Annahme. Die Invalidenunterstützung darf nicht abgebaut werden. Das Fundament unserer Organisation müssen wir erhalten, damit wir später einen weiteren Ausbau vornehmen können.

R o h l (Lobenstein): Zu begrüßen ist, daß der Verbandstag uns Gelegenheit gibt zur Herabsetzung der Beiträge Stellung zu nehmen. Ich war zuerst für eine prozentuale Herabsetzung der Beiträge, habe mich aber überzeugen lassen, daß die Einführung einer niedrigeren Beitragsklasse technisch leichter durchzuführen ist. Ich bin damit einverstanden, von den arbeitslosen Mitgliedern ein Verwaltungsbeitrag von 5 oder 10 \mathcal{M} zu erheben.

K e l e s (Berlin): Die Berliner Anträge sind meist redaktioneller Art. Die Gewährung von Unterstützung- bei Krankheit oder Erwerbslosigkeit darf nicht gehindert werden. Das eigene Verschulden muß aus dem Statut verschwinden. Die Unterstützungszahlung darf nur von der Beitragszahlung abhängig sein.

E n g e l (Nordhausen): In Nordhausen sind wir mit der Beitragszahlung etwas günstiger gestellt. Der Beschäftigungsgrad ist in der Rauchtakindustrie besser als in den anderen Branchen. Die Anträge auf 15 Prozent Ermäßigung der Beiträge und Unterstützungsätze haben wir gestellt, damit die Mitglieder bei schlechterem Verdienst in ihren alten Beitragsklassen bleiben können.

L ü d g e (Magdeburg): Unsere Mitglieder, die lange Zeit in höheren Beitragsklassen gezahlt haben, finden es unsozial, wenn sie in dieser Zeit in eine andere Klasse eingereiht werden und so erworbene Rechte verluftig gehen. Die Beiträge müssen generell heruntergesetzt werden. Unsere Stellungnahme zur Gehaltsfrage hat mit kommunikativen Einflüssen nichts zu tun. Wir wollen nur allen Vorkämpfern konkret sagen können, wieviel unsere Angestellten verdienen.

M e u k e (Eunigloh): Die Klassenverhältnisse sind noch als gut zu bezeichnen. In den größeren Zahlstellen reichen die Lokalkassenbeiträge nicht aus, darum haben wir den Antrag gestellt, daß in der 1. Klasse ein Lokalkbeitrag von 10 \mathcal{M} , in der 2. Klasse ein solcher von 20 \mathcal{M} erhoben wird. Die Einführung eines obligatorischen Verwaltungsbeitrages ist in organisatorischer Beziehung von größter Bedeutung.

W e n z e l (Bremen) Vorstand: Die Magdeburger Kollegen haben sich durch kommunikativen und nationalsozialistische Agitation beeinflussen lassen von Leuten, die über ihre Finanzgebahrung überhaupt keine Überlegung anstellen. In der ganzen Gewerkschaftsbewegung sind noch nie fantastische Gehälter gezahlt worden. Die in Nordhausen festgelegte Grundlage der Gehaltsberechnung möchten wir beibehalten. Ich muß aber feststellen, daß unsere Angestellten bereits freiwillig auf einen Teil ihres Gehalts verzichtet haben, ehe man im Unternehmerlager an einen Lohnabbau dachte. Unsere Angestellten sind lange Jahre hindurch die am schlechtest bezahlten Gewerkschaftsangestellten gewesen.

K e d (Steinbach-Hallenberg): Es ist in der heutigen Zeit sehr schwer, die Beiträge herabzubringen. Bei den schlechten Verhältnissen verdienen die Arbeiter häufig weniger, als sie durch Wahlfahrtsunterstützung beziehen. Die Unternehmer üben ungeheuren Lohndruck aus. Die Beiträge müssen herabgesetzt werden.

Teichmann (Schwedt): Kollegen, die in eine niedrigere Beitragsklasse übergetreten sind und bei Eintritt der Erwerbslosigkeit nachweisen können, daß sie im letzten Jahre 26 Beiträge der höheren Beitragsklasse gezahlt haben, sollten auch die Unterstützungslage der höheren Beitragsklasse erhalten. Die Einführung eines Verwaltungsbeitrages hat für Schwedt keine Bedeutung.

Wagner (Baden-Baden): Unsere jetzigen Beiträge sind in einer Zeit gesetzt, als wir noch bessere wirtschaftliche Verhältnisse hatten. Die Statutenberatungskommission muß einen brauchbaren Vorschlag herausarbeiten.

Husung (Bremen), Vorstand: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

Die Anträge, soweit sie sich auf Beiträge, Unterstützungen und die Gehaltsfrage beziehen, werden der Statutenberatungskommission überwiesen.

Zu Beginn der Sitzung am 23. November erhält

Eggert (Berlin), ADGB, das Wort zu seinem Referat über

„Die Lage der Weltwirtschaft“.

Da das Referat in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ in einer Sonderbeilage zur Veröffentlichung gelangt ist, kann hier von einer Wiederholung Abstand genommen werden. Verbandsvorsitzender **Husung (Bremen)** dankt **Eggert** für seine vorzüglichen Ausführungen und weist darauf hin, daß der Nordhäuser Verbandstag 1925 in der Monopolfrage einstimmig eine Entschliebung angenommen habe, die auch heute noch zu Recht bestehe. Von einer Aussprache über das Referat **Eggers** wird abgesehen.

Hierauf wird in die Beratung derjenigen Anträge zum Verbandsstatut eingetreten, die nicht der Statutenberatungskommission überwiesen worden sind. Zunächst wird ein von

Luzmann (Berlin) begründeter Antrag, in dem § 14, der vom Austritt handelt, das Wort „gewerblichen“ zu streichen, abgelehnt, nachdem das Vorstandsmitglied

Wenzel (Bremen) sich gegen diesen Antrag ausgesprochen hatte.

Fischer (Frankenberg) begründet einen Antrag, wonach die Ortsangestellten von den Mitgliedern der Zahlstelle gewählt, aber aus der Hauptliste befreit werden sollen, mit dem Hinweis auf die besonderen Verhältnisse **Frankenbergs**, das in der Nähe von Chemnitz mit seiner zurückgehenden Industrie liege. Vorstandsmitglied

Wenzel (Bremen) wendet gegen diesen Antrag ein, daß, wenn der Vorstand die Ortsangestellten befreien sollte, er auch das Recht ihrer Anstellung und Entlassung haben müsse. Im übrigen lägen die Dinge so, daß die Verbandskasse keine weitere Belastung tragen könne.

Der Antrag wird abgelehnt. Angenommen werden die vom Vorstandsmitglied

Kiel (Bremen) begründeten Anträge der Verbandsinhaber, die einmal die Ermächtigung zur Einberufung von Vertreterversammlungen in sich schließen und zum anderen vorzusehen, daß nur Personen angestellt werden können, die mindestens 5 Jahre ununterbrochen freigewerkschaftlich organisiert sind.

Luzmann (Berlin) begründet einen von **Berlin** gestellten Antrag, der unter bestimmten Voraussetzungen Reichskonferenzen vorseht, auf denen nur die von den Mitgliedern gewählten Delegierten stimmberechtigt sein sollen. Er meint, daß eine derartige Regelung eine bessere Durchführung tariflicher Bestimmungen sichern und Meinungsverschiedenheiten über tarifliche Vereinbarungen ausschließen würde. Vorstandsmitglied

Wenzel (Bremen) macht darauf aufmerksam, daß beim 2. Punkt der Tagesordnung bereits Anträge, die etwas ähnliches bezweckten, abgelehnt worden seien. Auch seien schon, sobald die Notwendigkeit dafür vorgelegen habe, Reichskonferenzen abgehalten worden. Im übrigen müsse jeder Teilnehmer

an den Verhandlungen nicht nur mitzubewerantworten, sondern auch mitzubestimmen haben.

Elisabeth Stolz (Dresden) schildert die Dresdener Verhältnisse, die zu den Differenzen über die Auslegung der Protokollnotiz geführt haben. In Dresden ist es gelungen, die Maßnahmen der Unternehmer abzuwehren. Vorstandsmitglied

Wenzel (Bremen) gibt Aufklärung über die letzten Tarifverhandlungen in der Zigarettenherstellung, wobei er besonders betont, daß die Verhandlungsführer im Laufe der Verhandlungen über jede wichtige Sache objektiv berichtet hätten.

Der Antrag **Berlin** wird abgelehnt. Ein Antrag **Hildesheim**, der die Anstellung von nebenberuflichen Agitatoren verlangt, wird für erledigt erklärt, weil nach der vom Vorstandsmitglied

Wenzel (Bremen) gegebenen Aufklärung bereits im Sinne dieses Antrages verfahren wird. Vorstandsmitglied

Kiel (Bremen) begründet sodann einen Antrag der Verbandsinstanzen, der die Befugnisse des Beirates auf Änderungen der Verbandsstatuten ausdehnt, während sie bisher nur für Beitragserhöhung und Änderungen der Unterstützungslage maßgebend waren, mit dem Hinweis, daß es in der jetzigen Situation erforderlich sei, unter Umständen schnell zu handeln.

Der Antrag wird angenommen.

Luzmann (Berlin) spricht für die Annahme eines Antrages, wonach ein Stellvertreter eines Beiratsmitgliedes nicht erst bei dessen Ausscheiden, sondern schon bei dessen Verhinderung einzutreten habe, damit der Beirat immer vollzählig sei.

Jacobs (Trier) wendet sich ebenso wie das Vorstandsmitglied **Wenzel (Bremen)** gegen diesen Antrag, der dann gegen 8 Stimmen abgelehnt wird.

Abgelehnt wird auch ein Antrag **Lübbecke**, der dem Verbandsvorstand die Verpflichtung auferlegen will, alle Ortsangestellten zum Verbandstag einzuladen und die Hälfte der Kosten zu übernehmen.

Angenommen wird ein von

Luzmann (Berlin) begründeter und von **Jacobs (Trier)** befürworteter Antrag, das Vermögen des Verbandes „anzulegen“ anzuhalt „zu belegen“

Damit haben die zum Verbandsstatut gestellten Anträge, soweit sie nicht der Statutenberatungskommission überwiesen worden sind, ihre Erledigung gefunden.

J. v. d. Weijden (Amsterdam), der mit seinem Kollegen **W. v. d. Hoeven** abreisen muß, dankt dem Verbandstag in holländischer Sprache für die gute Aufnahme und gibt der Hoffnung Ausdruck, die in Deutschland gesammelten Erfahrungen für die holländische Tabakarbeiter-Schaft nutzbringend verwerten zu können. Vorstandsmitglied

Wenzel (Bremen) dankt im Namen des Verbandstages für diese Worte und wünscht der holländischen Delegation eine glückliche Heimreise und einen guten Erfolg ihrer Arbeiten.

Sodann folgt Punkt 5 der Tagesordnung
Sonstige Anträge.

Kaldauke (Hannover) weist auf die verschiedenartige Dauer der Unterstützungen für Erwerbslosigkeit und Krankheit in den Gewerkschaften hin. Das gebe zu mancherlei Mißbilligungen Anlaß und müsse deshalb beseitigt werden. Ein im Sinne seiner Ausführungen gehaltenen Antrag wird dem Vorstandsvorsitzend überwiesen. Dasselbe geschieht mit dem von

Jacobs (Trier) begründeten Anträgen die einmal einen Ausbau des Betriebsrätegesetzes und zum anderen eine Reform der Gewerbeordnung erstreben. In der Begründung dieser Anträge führt **Kebner** aus, daß er sich sehr wohl bewußt sei, daß im Augenblick nicht an Verbesserungen gedacht werden könnte,

sondern alles getan werden müßte, um das Bestehende zu erhalten. Dennoch müßten in richtunggebend wirken und dürften nichts unterlassen, um den Gegnern zu zeigen, daß die Arbeiter-Schaft nicht gewillt sei, den Kampf für ihre Forderungen aufzugeben. Vorstandsmitglied

Wenzel (Bremen) unterstreicht die Ausführungen seines Vorredners und fügt hinzu, daß auch das beste Betriebsrätegesetz ein Schwert ohne Klinge sei, wenn dahinter nicht starke Gewerkschaften ständen, die für die Durchführung des Betriebsrätegesetzes Sorge tragen.

Abgelehnt wird ein Antrag **Leipzig**, der die Schaffung eines großen Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verbandes fordert, nachdem **Wenzel (Bremen)**, Vorstand, erklärt hatte, daß zu gegebener Zeit den in diesem Antrag enthaltenen Gedanken nähergetreten werden solle.

Teichmann (Schwedt) spricht für die Annahme eines Antrages, zum Studium der Lage der Tabakarbeiter in Rußland eine Delegation von deutschen Tabakarbeitern dorthin zu entsenden, um unrichtigen Darstellungen entgegenzutreten zu können. Nachdem

Karler (Hodenheim), wenn auch aus anderen Gründen, für die Annahme des Antrages gesprochen hatte, wurde derselbe gegen 5 Stimmen durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Ueber den vierten und letzten Verhandlungstag, der das Ergebnis der

Statutenberatung und Wahlen

brachte, berichten wir in der nächsten Nummer des „Tabak-Arbeiter“.

Berichte aus Gauen und Zahlstellen

Koistod. Anlässlich des 50jährigen Bestehens unseres Verbandes hatte die Zahlstelle **Koistod**, die ebenfalls 50 Jahre besteht, am 26. November im kleinen Saale der „Philharmonie“ eine Festveranstaltung mit Tanz und Verlosung veranstaltet. Der Vorsitzende Kollege **W. K. Rügger**, der die Festveranstaltung begrüßte, gedachte in kurzen Worten der Bedeutung des Tages und schloß seine Ansprache mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband, in das die fast restlos erschienenen Mitglieder sowie die zahlreich erschienenen Gäste begeistert einstimmten. Hierauf blieben die Versammelten noch einige Stunden fröhlich beisammen.

Schöned. Am 12. November versammelte sich eine stattliche Mitgliederzahl im Kaiser-Saal, um das 50jährige Bestehen des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, der schweren Zeit entsprechend, zu begehen. Die Ortsverwaltung hatte dafür gesorgt, daß die Zusammenkunft in jeder Beziehung eine harmonische war. Auch die Ausschmückung des Festsaales machte einen guten Eindruck. Der Abend wurde eingeleitet durch einige Gesangsvorträge des Gesangvereins „Vorwärts“ mit seinem gemischten Chor, unter der bewährten Leitung des Dirigenten Herrn **Luchscherer**. Nachdem Kollege **Ficker** die Versammelten begrüßt hatte, hielt **Geleiter Kollege Schomburg** die Festrede. In trefflicher Weise schilderte er die Entwicklung des Verbandes innerhalb der fünfzig Jahre und brachte zum Ausdruck, daß die deutsche Tabakarbeiter-Schaft gelobe weiter zu kämpfen bis das erstrebte Ziel, der Sieg des Sozialismus, welches sich unsere Gründer und Vorkämpfer gestedt haben, erreicht sei. Zum Schluß durchbrachte ein dreifaches Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband den Saal. Der Gesangverein verschönernte den Abend noch durch gut gefungene Lieder. Alle anwesenden Mitglieder blieben noch einige Stunden bei Musik und Tanz fröhlich zusammen. Auf zum neuen Kampf! Freiheit!

Eine unhaltbare Entscheidung

Senkung der Löhne zu beantragen. Aber das sind schließlich nicht unsere Sachen. Jedenfalls sollte dieses Vorkommnis alle noch unorganisierten Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarrenherstellung veranlassen, sich im Deutschen Tabakarbeiter-Verband zusammenzuschließen, um dort gemeinsam ihre Interessen zu vertreten.

Der Schlichter für den Bezirk Mitteldeutschland, Herr Dr. Hauschild in Leipzig, hat unterm 26. November 1932 den Bremer Zigarrenfabriken vormals Biermann & Schörling auf ihren Antrag gemäß § 7 der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 6. September 1932 die Ermächtigung erteilt, für ihren Filialbetrieb in Frankenheim (Röhn) die Lohnsätze des Bezirkstarifvertrages für die Zigarrenherstellung im Bereiche der Bezirksgruppe Mitteldeutschland des Reichsverbandes Deutscher Zigarrenhersteller vom 1. Aug. 1932 ohne Aenderung des Arbeitsvertrages in folgendem Umfange zu unterschreiten: a) bei 40stündiger Wochenarbeitszeit um 15 v. H., bei 32stündiger Wochenarbeitszeit um 12 v. H. und bei 24stündiger Wochenarbeitszeit um 8 v. H.

Die Ermächtigung ist mit dem 26. November 1932 wirksam geworden und endet vorläufig am 31. März 1933. Läuft der Bezirkstarifvertrag vor diesem Zeitpunkt ab, so endet auch die Ermächtigung mit Ablauf des Tarifvertrages. Außerdem wird die Ermächtigung mit Wirkung vom 22. November 1932 unwirksam, wenn der Betrieb in Frankenheim während der Dauer der Ermächtigung stillgelegt wird. Eine Nachprüfung und evtl. Abänderung der Ermächtigung bleibt auch für den Fall vorbehalten, daß während der Laufdauer die Belegschaft um mindestens 10 v. H. verringert wird oder wenn die Firma von der Lohnunterschreitung wegen Mehrinstellung Gebrauch macht.

Wir wollen gestehen, daß uns unter der grundsätzlich neuen Staatsführung auf sozial- und wirtschaftspolitischen Gebieten so leicht nichts mehr überraschen kann, aber daß es ein Schlichter fertig bringt, die ohnehin unzulänglichen Löhne in der Zigarrenherstellung noch bis um 15 v. H. zu senken, haben wir doch nicht für möglich gehalten. Wir geben Herrn Dr. Hauschild zu bedenken: Der Reichstarifvertrag für die deutsche Zigarrenherstellung vom 8. Juli 1932 und damit auch die Bezirks- und Ortsklasseneinteilung ist in freier Vereinbarung zwischen den Tarifkontrahenten zustande gekommen. Frankenheim gehört mit zu den Nullorten des mitteldeutschen Tarifgebietes, liegt also mit seinen Löhnen nur ein vom Hundert über den Reichsgrundlöhnen, also nur wenig über den niedrigsten Löhnen in Deutschland überhaupt.

Sollte die Spruchpraxis des mitteldeutschen Schlichters Schule machen, dann hätte die ganze tarifvertragliche Regelung der Löhne in der Zigarrenherstellung überhaupt keinen Sinn und Zweck mehr, weil sie nur die Arbeiterinnen und Arbeiter in einseitiger Weise binden würde, die Unternehmer aber jederzeit die Möglichkeit hätten, die Löhne mit Zustimmung des Schlichters zu senken. Wir protestieren deshalb mit aller Schärfe gegen die einseitige, nur die Interessen der Bremer Zigarrenfabriken berücksichtigende Entscheidung des mitteldeutschen Schlichters.

Aber auch die tariftreuen und anständigen Zigarrenfabrikanten müßten sich nach unserer Meinung in ihrem eigenen

Interesse gegen eine solche Spruchpraxis wenden. Sie erleichtert gerade solchen Unternehmern die Schmutzkonkurrenz, die den traurigen Mut haben, zum Schlichter zu laufen und unter dem Vorwand, ihr Betrieb sei gefährdet, eine

Vierzig Jahre Zahlstelle Erleben-Uhrsleben

Am 10. Dezember 1892 war es, als die Zigarrenmacher von Alvensleben, Erleben und Uhrsleben sich wieder versammelten, um Stellung zu nehmen zur Gründung einer Zahlstelle des Unterstützungsvereins für Deutsche Tabakarbeiter. Das alte Protokollbuch ist noch erhalten, aber schon von Mäusen angenagt. Es gibt ein Bild von den schweren Nöten der damaligen Zeit, aber auch von dem festen Kampfeswillen aller Mitglieder zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das Gründungsprotokoll lautet: Uhrsleben, den 10. Dezember 1892. Protokoll über die gepflogenen Auseinandersetzungen resp. Konstituierung der Zahlstelle Uhrsleben. Nachdem eine längere Zeit vergangen war, als die Zahlstelle Erleben durch den Ausschluß und Vorstand aufgelöst wurde, machte es sich hier in unserm Distrikte bald fühlbar die Ermangelung einer Zahlstelle. Die Kollegen von Alvensleben, Erleben und Uhrsleben kommen deshalb gemeinschaftlich zusammen, in den letztem Orte am Biertische, in Ermangelung eines wirklichen Versammlungslokal. Die Meinung der Anwesenden war nicht verschieden, und der Ort Uhrsleben als den entsprechnsten als Zahlstelle bestimmt. Für die Verwaltung der Zahlstelle wurden die Kollegen Jöllner als 1. Bevollmächtigter, Brümner als zweiter und Mag Koote als dritter, während als Revisoren die Kollegen Schwermann, Schröder und Beust vorgeschlagen, und vom Vorstand bestätigt wurden.

In der Hoffnung auf das gute Gedeihen der Zahlstelle verblieben die fröhlichen Gründer der Zahlstelle noch einige Stunden, ehe sie sich trennten. Im Auftrage Andreas Brümner als Schriftführer.

Man muß jetzt noch nach 40 Jahren den

Feidenmut der damaligen Zigarrenmacher loben, wie sie trotz aller Schikanierungen und Verfolgungen ans Werk gingen und den Grundstein legten für den jetzigen Deutschen Tabakarbeiter-Verband.

Ueberhaupt in unserem reaktionären Winkel, wo die Herren von Ur und Palm ihr Zepfer schwangen und schwingen, war es ein Wagnis, an die Verbreitung der Gewerkschaftsideen heranzutreten, denn die Zigarrenmacher waren alle als Rote gebrandmarkt. Aber trotzdem haben sie standgehalten, und zählen auch in unserem Ort als die Pioniere, die den harten Boden beackert haben, worauf jetzt die junge Saat steht. Darum wollen wir am Jubiläumstage ehrend derer gedenken, die das Schiff der Zahlstelle geleitet haben. Mancher ruht schon in kühler Erde. Aber alle, die in dieser schweren Zeit dem Verbands die Treue bewahrt haben, werden auch weiter auf Vorposten ausharren zum Wohle der gesamten freien Arbeiterbewegung.

Die Zigarrenindustrie ist in unserer Gegend schon alt. Schon vor 1870 hat die jetzt noch in Uhrsleben bestehende Firma Diekmann ihren Anfang in Erleben genommen. Auch die Firma Wilsch Schulze wurde im Jahre 1875 gegründet. Aber jetzt liegt seit mehreren Jahren alles daneben. Viele Kollegen mußten sich den veränderten Verhältnissen anpassen und einen andern Beruf ergreifen, die Alten und Gebrechlichen aber trinken aus dem bitteren Kelch der Arbeitslosigkeit. Darum laßt den Mut jedoch nicht sinken und haltet dem Verbands die Treue, dann wird dereinst ein neues Leben des Sozialismus erstehen. Am Jubiläumstage wollen wir der Zahlstelle viel Glück wünschen auf ein ferneres Gedeihen und rufen ihr zu: „Durch Kampf zum Sieg!“

Bekanntmachungen

Am 10. Dez. ist der 50. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

30. Nov. Nordhausen 400.—, Berlin 200.—, Gießen 48.70, Trier 55.90, Hanau 100.45, Dresden 400.—.

1. Dez. Dresden 500.—, Begeßack 2.04, Buns-lau 40.—.

Bremen, den 6. Dezember 1932.

Joh. Krohn.

Gestorben sind:

Am 7. November die Wickelmacherin Paula Sturm (Reilingen), 28 Jahre alt (Zahlstelle Hohenheim).

Am 8. November die Zigarrenarbeiterin Laura Jeunert, 80 Jahre alt (Zahlstelle Döbeln).

Am 28. November der Zigarrensortierer Edward Schüler, 72 Jahre alt (Zahlstelle Bremen).

Am 28. November der Zigarrensortierer Theodor Haack, 75 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).

Ehre ihrem Andenken!

Unserem langjährigen Kollegen

Carl Krückemeyer

und seiner Frau Gemahlin

zu ihrer am 10. Dezember stattfindenden **goldenen Hochzeit** die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitglieder der Zahlstelle
Vlotho a. d. Weser

Günstige böhmische Bettfedern:



Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliss. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, daunenweiche 7 M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße, ungeschlissene Ruffedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet

Benedikt Sachsels, Lobes Nr. 245
bei Pilsen (Böhmen)

Der Weg zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit

Der Reichswehrminister und seit dem 2. Dezember auch Reichskanzler von Schleicher hat am 28. November Vertreter des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu sich gebeten. In der Besprechung, an der Theodor Leipart und Wilhelm Eggert teilnahmen, wurden die vorrangigsten wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen erörtert. Die Vertreter der Gewerkschaften haben als die wichtigste Aufgabe die Arbeitsbeschaffung im Wege öffentlicher Arbeiten bezeichnet und außerdem erneut die Aufhebung der lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September gefordert. Sie haben sich auch für eine unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten durchgeführte Siedlung eingesetzt. Auf Wunsch des Reichswehrministers hat sodann Theodor Leipart im Namen des Bundesvorstandes am 29. November die Forderungen des ADGB schriftlich dargelegt und begründet. Das Schreiben an den Reichswehrminister lautet:

Sehr geehrter Herr Minister!

Unter Bezugnahme auf die gestrige mündliche Besprechung erlaube ich mir hiermit, Ihrem Wunsche gemäß unsere Auffassungen zu den mündlich behandelten Fragen wie folgt schriftlich mitzuteilen:

1. Die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September 1932 ist außer Kraft zu setzen. Die in der Verordnung vom 4. September 1932 für Neueinstellungs-Prämien zur Verfügung gestellten 700 Millionen Reichsmark sind unverzüglich zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten zu verwenden.

Nach den Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind im ganzen Reich in 943 erfassen Betrieben, die vorher 191 669 Arbeitskräfte beschäf-

tigt hatten, nach der Verordnung vom 5. September 42 218 Arbeitskräfte neu eingestellt worden. Diese Angaben beruhen auf der Berichterstattung von 19 Zentralverbänden. Sie sind nach unserer Ueberzeugung umfassend genug, um daraus folgern zu können, daß der Anreiz der Prämien-Steuerergutscheine keinerlei nennenswerte Wirkung gehabt hat. Von unseren übrigen 11 Verbänden konnten Neueinstellungen überhaupt nicht festgestellt werden. Der größere Teil der Neueinstellungen entfällt auf die Textilindustrie (15 169) sowie auf die Metallindustrie und den Bergbau (12 638). Daß nennenswerte Fälle von Neueinstellungen der Berichterstattung unserer Verbände entgangen sein könnten, halten wir angesichts unserer weitverzweigten Organisation mit ihren über 13 000 Verwaltungsstellen und rund 100 000 Betriebsräten für ausgeschlossen.

Das in der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September vorgesehene Recht der Unternehmer, die Löhne für die 31. bis 40. Stunde zu kürzen, hat eine große Beunruhigung in den Betrieben und zahlreiche Streiks verursacht, obwohl ein großer Teil der Unternehmer auf die Ausnutzung dieses Rechts vor vornherein verzichtet hat. In der Praxis hat sich dieser Teil der Verordnung als undurchführbar erwiesen. In 399 Betrieben mit 108 869 Beschäftigten hat die Belegschaft die Lohnkürzung abwehren können. Hierbei haben in vielen Fällen die Schlichtungsinstanzen mitgewirkt und den Arbeitern recht gegeben. Arbeitseinstellungen fanden in 81 Betrieben statt. Immerhin sind in 544 Betrieben mit 125 018 Beschäftigten die vorher

schon wiederholt gekürzten Löhne nochmals reduziert worden.

2. Die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden muß unverzüglich als gesetzliche Maßnahme durchgeführt werden.

Die Verordnung vom 5. September sollte bei den Arbeitgebern einen Anreiz für die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden schaffen. Die Berichterstattung unserer Verbände zeigt, daß auch in dieser Hinsicht das System des Anreizes vollständig versagt hat. In den Betrieben, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben,

blieb die Arbeitszeit unverändert in 528 Fällen für 129 811 Beschäftigte, wurde die Arbeitszeit verlängert in 250 Fällen für 58 117 Beschäftigte, wurde die Arbeitszeit verkürzt in 166 Fällen für 45 959 Beschäftigte.

Verlängerte Arbeitszeit und Ueberstunden über 40 Wochenarbeitsstunden hinaus können angesichts der Massenarbeitslosigkeit nicht länger geduldet werden.

3. Das System der Steuergutscheine ist dahin umzugestalten, daß entsprechende Steuerscheine als Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden können.

Die bisherige Auswirkung des Systems der Steuergutscheine läßt zwei Tatsachen unstreitig erkennen. Es hat sich insofern bewährt, als es bewiesen hat, daß eine öffentliche Kredit schöpfung in gewissen Grenzen möglich und mit keiner Inflationsgefahr verbunden ist; es hat insofern versagt, als es eine fühlbare Erweiterung der Produktion und Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht gezeitigt hat. Der größte Teil der jetzigen Steuerscheine verwandelt sich weder in Kapital noch in

Am Abgrund vorbei

Berliner Roman von Friedrich Wilhelm Gottfried

Copyright by: Verlag „Das neue Geschlecht“, Frankfurt a. M.

Die Wochen vergingen und eines Tages stand Marie mit dem Entlassungsschein auf der Straße. Sie fuhr sofort zur Fabrik.

Dort wurde ihr mit bedauerndem Achselzucken erklärt, daß man sie nicht wieder einstellen könne. Man hätte schon wegen Arbeitsmangel eine Anzahl Arbeiterinnen entlassen müssen.

Arbeitslos! Auch das noch!

Sie ging, um ihre Sachen zu holen. Es war gerade Mittagspause. Von Käthe wurde sie mit merkwürdiger scharfer Zurückhaltung begrüßt. Als Käthe einige Augenblicke zu anderen Frauen trat, flüsterte eine Kollegin Marie zu: „Die Käthe geht jetzt mit dem Behner!“

Erschrocken starrte Marie sie an.

Sie wollte sich gerade wieder zu Käthe wenden, als das Zeichen für den Schluß

der Pause ertönte. Die Mädchen strömten in die Arbeitsäle zurück.

Nun begann eine schwere Zeit für Marie.

Die Miete sollte gezahlt werden, essen mußte sie auch und die paar Groschen Unterstützung waren bald verbraucht. So sagte sie den Entschluß, Heimarbeit zu übernehmen. Sie hatte früher einmal schneidern gelernt. Sie wandte sich an einen ihr bekannten Zwischenmeister und erhielt auch Arbeit.

Von einem Teil ihrer Ersparnisse kaufte sie sich auf Abzahlung eine Nähmaschine.

So saß sie nun in ihrem Stübchen und arbeitete bis in die Nacht. Heimarbeit ist die schlechtest bezahlte Arbeit, aber da sie sehr geschickt war und flott zu arbeiten verstand, kam sie immerhin zu einem verhältnismäßig guten Verdienst.

Einen Teil ihrer Ersparnisse hatte sie Wehner geopfert, einen weiteren Teil hatten die Anzahlung auf die Nähmaschine und einige Anschaffungen verschlungen. Sie hatte sich eine leere Stube gemietet und diese mit einigen billigen Möbeln ausgestattet, um ihre eigene Herrin zu sein

Ihre einzige Gesellschaft war Mieke, ihr kleines Rätzchen. Wenn sie spät in der Nacht die Haube über ihre Maschine stellte, dann nahm sie wohl vor dem Schlafengehen ihr Rätzchen auf den Arm, gab ihm einen Kuß auf das kleine weiße Näschchen und sprach: „Ja, Mieke, du bist lieb! Da sagen die Menschen, ihr Rätzchen seid falsch. Wollte der Himmel, die Menschen wären so wenig falsch wie ihr!“

Sie liebte die Einsamkeit, freute sich über ihre Blumen, die auf den Fensterbrettern standen, vor denen die schnee-weißen Gardinen hingen, und freute sich über den Sonnenschein, der das blanke Metall der Maschine aufblitzen ließ.

Wenn nur nicht die düsteren Gedanken gewesen wären!

„Warum“, stöhnte sie auf, „kann man einen Zahn mit der Wurzel ausreißen, warum kann man einen schmerzenden Nerv abtöten und warum nicht schmerzende Erinnerungen auslöschen?“

Wars wirklich nur die Erinnerung an das graufige Erlebnis, die sie stets von neuem quälte?

Wie das werdende Leben in ihr gestorben war, so war doch nun die ganze

Kaufkraft, während ihre Verwendung zur öffentlichen Arbeitsbeschaffung im Sinne der Vorschläge des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats vom 12. März 1932 durch die Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften eine wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit voraussehen läßt. Mit ihrer Hilfe kann auch die in letzter Zeit in den Hintergrund gedrängte Siedlungstätigkeit wieder stärker gefördert werden.

Diese von uns angeregten Maßnahmen würden etwa 1 1/2 Milliarden Mark ohne geringste Inflationsgefahr für die vom ganzen Volke ersehnte Arbeitsbeschaffung freimachen und die Wiederbeschäftigung von einer Million Arbeitsloser unverzüglich ermöglichen. Damit wäre im-

merhin ein sichtbarer Anfang einer ernsthaften Arbeitsbeschaffung gemacht.

4. Die durch die früheren Verordnungen herbeigeführten Verschlechterungen der Sozialleistungen müssen im Rahmen der Möglichkeit rückgängig gemacht werden;

die Versorgung der Arbeitslosen muß namentlich in dem bevorstehenden Winter ausreichend verbessert werden;

jeder weitere Angriff auf die Löhne und die Rechte der Arbeiter muß unterbleiben;

die Unabdingbarkeit der Tarifverträge, die durch die Verordnung vom 5. September aufgehoben war, muß für die Zukunft unangetastet bleiben.

der und der Amerikaner, dessen Arbeitstempo wir ja heutzutage weitgehend nachahmen, mit gutem Beispiel vorangehen. Er hat richtig erkannt, daß, zumal bei einem Arbeitstag mit sog. englischer Tischzeit, das Frühstück uns eine größere, solidere Grundlage geben muß. Selbstverständlich müssen wir uns aber dabei nach unserem schmalen Geldbeutel richten.

Zunächst beginne man nach englischem Muster mit einer Suppe aus Hafersflocken, Buchweizengrütze oder dgl. Als Getränk ist Milch, Kakao, Tee oder Kaffee zu empfehlen, wobei aber hervorgehoben werden muß, daß Tee und Kaffee ihren Nährwert nur dem etwa hinzugefügten Zucker oder der Milchbeigabe zu verdanken haben. Dazu esse man Butter- oder Schmalzbrot, eventuell etwas Honig und Marmelade, und, wenn irgend möglich, frisches Obst. Wer es sich leisten kann, wird am Morgen noch mit Vorteil ein Ei oder ein Stück kaltes Fleisch oder Fisch verpeifen. So ausgerüstet wird man bequem ohne Hunger und Abspannung auch bei durchgehender Arbeitszeit bis zum Nachmittag aushalten können und eventuell nur um die Mittagsstunde eine kleine Zwischenmahlzeit durch den Verzehr der mitgenommenen Stullen einzuschieben brauchen.

Die nachmittägliche Hauptmahlzeit soll unter allen Umständen einen größeren warmen Gang enthalten und nicht zu spät gelegt werden, damit die Verdauungstätigkeit bis zum Schlafengehen möglichst vollständig beendet ist.

Wer sein Mittagessen um die Mittagsstunde einnehmen kann, der mag, nicht zu spät, noch eine Abendmahlzeit zugeben, die aber etwas knapper bemessen und vor allen Dingen leicht verdaulich sein soll. Gemüse, Obst, ein Glas Milch, etwas Brot mit Käse oder dgl. eignen sich hierfür am besten.

Schließlich dürfte zur Regelung der Verdauung auch noch ein kleiner abendlicher Spaziergang oder ein wenig morgendliche Gymnastik beitragen können.

Essen wir richtig?

Auf dem Gebiete der Ernährung haben unsere Hausfrauen in den letzten Jahren unendlich viel zugeleert. Sie wissen heute sehr wohl Bescheid über den Nährwert der einzelnen Nahrungsmittel, über ihren Gehalt an Vitaminen und Salzen, über die hygienische Art der Speisenzubereitung usw. Um so verwunderlicher ist es, daß die Zahl der Kranken mit Verdauungsstörungen erheblich zugenommen hat. Woran liegt das?

Gleich unseren Nerven ist auch unser Magen ein Opfer der Zeit, ein Opfer des „Tempos“, mit dem er nicht Schritt zu halten vermag. Sehen wir uns doch einmal um, wie die meisten Menschen, ob groß ob klein, zu essen pflegen.

Da ist zunächst das Schulkind. Wer hätte noch nicht beobachtet, wie Schulkinder ihr Frühstück entweder hastig herunterzuschlingen pflegen, um dann im Sturmschritt zum Unterricht zu eilen, oder aber, wie sie aus Angst vor der Schule oder dem Zuspätkommen überhaupt fast jegliche Nahrungsaufnahme verweigern!

Auch der Erwachsene, der pünktlich im Büro oder an der Arbeitsstelle sein muß, macht es häufig nicht viel anders. Er nimmt sich — denn Zeit ist Geld — häufig auch zum sog. Mittagessen, das bei vielen Berufstätigen nur aus dem mitgenommenen Stullenpaket besteht, natürlich nicht genügend Zeit. Und dann wundern wir uns, wenn solche Menschen Magenbeschwerden bekommen!

Das Erste, was man zum Essen braucht, ist Zeit und Ruhe. Darum sollten Kinder wie Erwachsene, die pünktlich ihr Tagewerk beginnen müssen, vor allem so rechtzeitig aufstehen, daß sie genug Zeit behalten, um ihr Frühstück in Ruhe einnehmen zu können. Dabei ist es wichtig, die Nahrung ordentlich zu kauen, denn nur so kann sie vom Magensaft für die weitere Verdauung genügend vorbereitet werden.

Daß der Magen am Morgen nach der langen Nachtpause viel aufnahmefähiger ist, als zu anderen Zeiten des Tages, wird leider auch von vielen Menschen immer vergessen. Hier ist uns der Engländer

Episode für sie tote Vergangenheit. Sie war doch jung. Konnte sie nicht wieder zurückkehren ins lachende sonnige Leben?

Oder war da noch etwas anderes?

Nicht nur die Erinnerung? Trauer?

Ja, Trauer! Aber nicht Trauer um etwas Toten, sondern um etwas Lebendes — aber Unerreichbares!

Er lebte ja! Und ihre Liebe lebte!

Aber sie hing wie ein zerrissener Faden ins Leere.

Sie selbst hatte ja den Faden durchschnitten.

Aber konnte sie denn damals anders handeln? Konnte sie denn ahnen, daß ein Unglücksfall für sie zum Glück werden würde? Und wenn auch. Sollte sie Helmut etwas verheimlichen? Konnte sie ihm denn die Wahrheit sagen?

Oder doch? Hatte sie nicht gezweifelt an seiner Großmut, an seiner reinen, großen Liebe?

Zweifeln in der Liebe? War das nicht ihre Schuld?

Aber warum quälte sie sich?

Waren das nicht törichte, unnütze Gedanken?

Zu spät, es war doch alles vorbei!

Aber sie liebte ihn doch noch! Konnte ihn ja nicht vergessen!

Was mochte aus ihm geworden sein?

Sie hatte nichts mehr von ihm gehört.

Er war eine weiche Natur und mußte unflüchtig gelitten haben. Sie wußte ja, wie sehr er sie geliebt hatte.

Geliebt hatte? Ob er sie noch liebte?

Ein trübes, melancholisches Lächeln glitt über das Gesicht der einsamen Frau.

Vielleicht sah auch er irgendwo einsam und sehnte sich nach ihr.

Und litt. Wie sie.

Oft wurde ihr doch bange in ihrer selbstgewählten Einsamkeit. Die Arbeit an der Nähmaschine war ja zum größten Teil eine mechanische, bei der die Gedanken schweifen konnten und immer wieder, wie unter einem unausweichlichen Zwang zurückkehrten zu ihrem Unglück und dem Gegenstand ihrer, ach, so ausichtslosen Liebe.

Auch ihr heißes Blut meldete sich wieder, aber es war ihr einfach unmöglich, einem anderen Manne ihre Gunst zu schenken.

Der Frühling war vergangen, der Sommer, und der Herbst hielt wieder seinen Einzug. Es war Sonntagmorgen. Marie saß am Tisch beim Morgenkaffee, fütterte Mieze und spielte mit ihr. Draußen lärmten die hungrigen Spazierer vor ihren Fenstern und zankten sich um die Brosamen, die sie ihnen jeden Morgen hinstreute. Als sie ihr Frühstück beendet hatte, setzte sie sich in den Korbsessel am Fenster, nahm Mieze auf den Schoß und entfaltete die Zeitung.

Politik. Urrr. Raubüberfall, Eifersuchtsattentat, Unterschlagung, Einbrüche, Autounfälle, Verkehrsunfälle — ja, es gab viel Leid auf der Welt. Selbstmorde. Wieviel wohl wieder an einem Tag? Eins, zwei, drei, vier — was war das?

„Am Freitag versuchte sich die 22jährige Käthe Matern in der Wohnung ihrer Eltern während deren Abwesenheit mit Gas zu vergiften. Da die Eltern früher, als beabsichtigt, heimkehrten, wurde die Tat rechtzeitig entdeckt. Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg. Das junge Mädchen wurde nach der Charite geschafft. Das Motiv zur Tat ist unbekannt.“

Kapitalismus oder Planwirtschaft?

Man weiß noch nicht, wie das kapitalistische Wirtschaftssystem diese schwersten aller Krisen überstehen wird. Sicher aber ist es, daß es diesem Zusammenbruch auf allen Gebieten nur stark beschädigt zu entrinnen vermag. Krisenzeiten sind der günstigste Boden, Projekte aller Art entstehen zu lassen. Man weiß, daß über einzelne Teile des kapitalistischen Wirtschaftssystems zahlreiche Besserungsvorschläge gemacht wurden. Die Zahl der Projekte bezüglich der Währungs- und Wirtschaftsumstellung wird auf 20 000 geschätzt. Auch sonst sind eifrige Leute an der Arbeit, ihren Bestand an Gehirnschmalz für eine bessere Wirtschaftsordnung einzusetzen.

Neben diesen Projekten hat aber die sozialistische Wissenschaft ernst gemeinte und durchaus realisierbare Pläne zum Ausbau der Versorgung der Menschheit mit Wirtschaftsgütern entworfen. Sie war dazu berufen, weil sie nicht im blinden Nebel fruchtloser Agitation arbeitet, sondern sich auf eine 60jährige, intensive Forschungsarbeit stützen kann. Ihr stehen auch praktische Erfahrungen auf allen Gebieten zur Seite. Die Forderung nach sozialistischer Planwirtschaft muß doch nicht von der Hand zu weisen sein, sonst würden sich nicht die besten Köpfe der kapitalistischen Wirtschaft mit ihr auseinandersetzen. In den letzten Jahren ist eine ansehnliche Literatur über die Zukunft des Kapitalismus entstanden.

Der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes und Mitglied des Verwaltungsrats der Internationalen Handelskammer, Dr. Georg Solmssen, hat kürzlich im Institut für Wirtschaftswissenschaften in Frankfurt am Main einen Vortrag über das Thema Kapitalismus oder Planwirtschaft gehalten. Es lohnt sich einiges aus der Verteidigungsrede dieses Vertreters des Kapitalismus festzuhalten. Solmssen sieht in der Verfälschung der wirtschaftlichen Fol-

gerichtigkeit des Kapitalismus durch die Politik den Ausgang allen Übels. Nach seiner Meinung hat der Kapitalismus die Aufgabe gelöst, immer größere Kreise der Menschheit an der Entwicklung der Technik teilnehmen zu lassen. „Erst die Zusammenfassung kleiner Einzelbeträge zu großen Kapitalsummen schuf die Voraussetzungen dafür, Aufgaben größtenteils wie Erschließung der wirtschaftlichen Möglichkeiten von Ländern und Erdteilen in Angriff zu nehmen.“ Nach Solmssen hat das Kriegsschuldenproblem zur Verwirrung des weltwirtschaftlichen kapitalistischen Systems geführt. Der Schuldbetrag in Höhe von 210 Milliarden Goldmark belastet die Weltwirtschaft und ruht wie eine erste Hypothek auf jedem Produkt, das die mit diesen Schulden behafteten Staaten erzeugen.

Darin kann man dem Redner durchaus zustimmen; es muß aber dabei beachtet werden, daß die Personen, die für den Krieg und seine Folgen verantwortlich sind, Vertreter der kapitalistisch-imperialistischen Wirtschaftspolitik waren. Wer die Expansionsstendenzen der großkapitalistischen Staaten gefördert hat, muß auch die Verantwortung für die Folgen einer solchen Politik übernehmen. Ein Ablenkungsversuch allerübelster Art ist es, die Massenarbeitslosigkeit in der Welt auf die Verfälschung des kapitalistischen Systems durch die Politik zurückzuführen. Richtig ist es, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Länder mit allen Mitteln zu erstreben, wofür die Technik so außerordentliche Voraussetzungen geschaffen hat. Wenn aber Solmssen ausführt, daß hierzu planwirtschaftliche Systeme nicht geeignet seien, so muß darauf hingewiesen werden, daß die egoistische, kapitalistische Nationalwirtschaft mit all ihren Folgen zur Zerreißung der Weltwirtschaft geführt hat.

Die Vorschläge der Gewerkschaften und

der Sozialistischen Partei fordern vor allem Planwirtschaft auf dem Gebiete der Kreditwirtschaft. Mit Recht werden die Auswüchse der verflochtenen Hochkonjunkturperiode und die Verschärfung der nachfolgenden Krise auf die planlose Lenkung des Kapitalstroms zurückgeführt. Hiergegen wendet sich Solmssen und verweist dabei auf eine Enquete des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, die nachweist, daß die gegebenen Kredite dem Verhältnis von Kreditgröße und Kredithöhe entsprochen habe. Einen Gedankenfehler der Planwirtschaftler sieht Solmssen darin, daß sie die Erfahrungen von Monopolvertrieben auf Wirtschaftszweige anwenden wollen, die monopolistisch gar nicht betrieben werden könnten, wenn man nicht aus Deutschland eine Kaserne oder ein Zuchthaus machen wolle.

Die sozialistische Planwirtschaft zielt keineswegs darauf ab, etwa das Freiergewerbe, die kleinen Schuhmachereien oder ähnliche Wirtschaftszweige zu verstaatlichen oder zu sozialisieren. Daß aber die Verstaatlichung der Großbetriebe, der Banken, des Bergbaus, der Eisenindustrie usw. ein wesentlicher Schritt zur Beseitigung der Planlosigkeit ist, wird auch Solmssen im Ernst nicht bestreiten können. Ein stichhaltiges Argument gegen die Planwirtschaft sieht Solmssen in der Eigenverantwortlichkeit der Betriebsführung. Er gibt aber im selben Augenblick folgendes zu: „Der Kapitalismus der Gegenwart ist in solchem Umfang über die privatwirtschaftlichen Interessenskreise hinausgewachsen, daß die Allgemeinheit ein Recht hat, zu fordern, die Führung der privatwirtschaftlichen Gebilde im Einklang mit den Bedürfnissen des Allgemeinwohls zu bringen.“ Das ist eigentlich die beste Beweisführung für eine schleunigste Aenderung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems!

Räthel! Also auch sie im Unglück! Arme Räthel!

Marie traten die Tränen in die Augen.

In der Charité! Heute war Sonntag. Da war ja Besuchstag! Marie sprang auf und ging an die Bereitung des Mittagessens, um rechtzeitig fertig zu sein. Gegen Mittag fuhr sie zur Charité.

Als sie im Büro nach der Station fragte und als Krankheit „Selbstmordversuch“ nannte, sah die Schwester im Aufnahmebuch nach. Dann blickte sie auf. „Bestern verlegt nach der Entbindungstation!“

Marie zuckte zusammen.

Also das war der Grund! Wehner? Sie knirschte mit den Zähnen und ballte die Faust. Der Lump!

Bevor sie den Saal betrat, ging sie zur diensttuenden Stationschwester. „Die kleine Matern? Ja, ein trauriger Fall. Ist noch sehr schwach. Aber sie wird sich wieder erholen. Das Kind? Tot! Hat nur einige Stunden gelebt.“

Marie hatte sich durch die Erkundigungen verspätet. Als sie den Saal betrat, war er dicht von Besuchern gefüllt.

Suchend ging ihr Blick die Reihen entlang. Da! War's möglich? Das war Knublinchen? Aus einem totenbleichen schmalen Gesicht mit eingefallenen Wangen und hervorstehenden Backenknochen schauten ein paar traurige Augen, umgeben von breiten, dunklen Ringen. An der Seite saß die Mutter, die das Taschentuch an die Augen führte. Der Vater, ein Bruder und eine Schwester standen um das Bett herum.

Erschüttert trat Marie an das Bett. „Marie!“

Räthe schrie es. Beide Arme streckte sie ihr entgegen. Die freudige Erregung trieb ein leichtes Rot in ihre Wangen, ihre Augen glänzten und sie lächelte. „Liebes, gutes Mariechen, wie lieb von dir, daß du kommst!“

Sie zog Marie zu sich aufs Bett. Plötzlich schluchzte sie auf und drückte ihr tränenüberströmtes Gesichtchen an Mariens Hände. „Aber Knublinchen! Sei doch vernünftig! Das schadet dir doch. Du mußt jetzt ganz ruhig sein, wenn du bald gesund werden willst.“

„Ja — Knublinchen! Wie gern hör'

ich das Wort von dir! Aber das bin ich nicht mehr. Steh hier!“

Räthe griff an ihre hohlen Wangen.

Marie drückte sie mit sanfter Gewalt wieder auf den Rücken. „Die werden auch wieder wie ein Paar Borsdorfer Äpfel! Aber Knublinchen, wenn du mich lieb hast, mußt du mir nun auch versprechen, ganz brav und still zu sein. Versprich mir mit einem Kuß!“

Räthe küßte Marie und drückte ihr gerührt die Hand. „Du bist so lieb! Aber sag, woher weißt du's? Stand's in der Zeitung?“

Marie nickte.

Räthe neigte den Kopf zur Seite. Wieder traten Tränen in ihre Augen. „Auch weshalb?“

„Nein. Sei beruhigt, Kleines!“

„Und du, Mariechen? Wie ist es dir ergangen? Ich habe gar nichts mehr von dir gehört. Und — ich — war gar nicht lieb zu dir in der letzten Zeit —“

Bittend streckte sie Marie die schmal gewordene Hand entgegen, aus der die blauen Adern hervortraten. „Laß, Kleines! Uns hat das Leben beide schwer gepackt. Auch ich habe Schweres erduldet.

Es berührt eigentümlich, von einem Manne wie Solmssen zu hören, daß der Wettlauf mit dem politischen Lohn die Unternehmer gezwungen habe, die Rationalisierung der Betriebe vorzunehmen. Wer einen Namen hat, sollte es vermelden, sich auf Allgemeinplätzen zu tummeln. Daß im Bereiche der kapitalistischen Wirtschaft nicht alles eitel Wonne ist, beweist Solmssen durch die Forderung nach Reinlichkeit der Wirtschaft und der Ehrbarkeit des deutschen Kaufmanns. Hierzu stellt er bestimmte Thesen auf. Wenn außergewöhnliche Mißstände auf diesem Gebiete nicht vorhanden wären, würde es solcher Mahnungen nicht bedürfen.

Bei näherer Betrachtung stellt sich die Untersuchung Solmssens als eine Mohrenwäsche des Kapitalismus heraus. Sicher ist der Kapitalismus von heute nicht mehr der, der er in seiner Sturm- und Drangperiode war. Große Teile der

Wirtschaft sind bereits der privatkapitalistischen Einflußnahme und Betriebsführung entzogen. Es ist absolut nicht einzusehen, daß die Bergesellschaftung, die auf dem Gebiete der Eisenbahn, des Verkehrswesens, der Versorgungsbetriebe von Elektrizität, Gas und Wasser und auf anderen Gebieten erfolgreich durchgeführt ist, nicht auch auf weitere Zweige der Großindustrie, des Geldwesens, des Verkehrs usw. ausgedehnt werden könnte. Konsumgenossenschaften, Staatsbanken, Arbeiterbanken und soziale Baubetriebe zeigen, wie die Gemeinwirtschaft auch auf anderen Gebieten durchgeführt werden kann. Wir sind überzeugt, daß die sozialistische Planwirtschaft eine solche Krisenkatastrophe wie die gegenwärtige nicht durchzumachen brauchte. Deshalb sollten wir nicht warten, sondern an eine schnellste Umformung des Kapitalismus mit Eifer herangehen.

glauben an edlere Gedanken, die das Zusammenleben leiten, nur weil sie selbst gut sind. Sie können es aus der Güte ihres eigenen Wesens nicht verstehen, daß die Wirtschaftsordnung, in der sie leben, nicht vom Geiste der Gerechtigkeit und Menschlichkeit geleitet wird.

Die Welt ist nicht so, wie viele sie sehen. Auch für so manche Mütter tut die soziale Erkenntnis nicht. Sie glauben an das Gute auch bei den Wirtschaftsherren, und sie erkennen noch nicht, daß nur berechnender Profitgeist das Wirtschaftsleben trägt.

Kritisch zu sehen müssen sie lernen, und all ihren Glauben an das Gute müssen sie einsetzen, vereint mit den Männern, für eine neue Ordnung des Lebens, die auf Gemeinsamkeit und Menschlichkeit aufgebaut ist.

Erst dann sieht der Mensch auch im Leben wirklich das Gute. Dann herrscht nur Menschlichkeit als das eine Lebensgesetz.

Ist die Welt so, wie wir sie sehen?

Jeder Mensch meint, die Welt so zu sehen, wie sie wirklich ist. Und doch ist die Welt oft anders, als der Mensch sie sieht. Man kann die Welt nicht ohne die Erkenntnis der Welt betrachten.

Das Kind z. B., das die Welt anschaut, glaubt auch, seine Umwelt so zu sehen, wie sie wirklich ist, und doch sieht das kleine Kind falsch.

Wenn die Straßenbahn hält, dann wissen wir, daß sie hält, um Fahrgäste aufzunehmen oder abzusetzen. Aber das kleine Kind? Frage einmal den dreijährigen Jungen oder das kleine Mädchen, warum die Bahn hält. Sie erklären bestimmt: „Weil die Bahn müde ist!“

Sein Wesen, sein Fühlen überträgt das Kind auf die Welt. Und selbst wenn wir dem kleinen Kinde eine Erklärung geben, dann begreift uns das Kind doch nicht.

Manche Mutter lacht über die treuherzige Unschuld ihres Kindes, die sich da zeigt, und es regt sich in ihr das Gefühl des Glücks. Denn diese Worte des Kin-

des sind ja eine Erscheinung des Reinen, Lauteren, Frühlingshaftem in der Seele des Kindes. Jede Mutter weiß, daß das Kind eines Tages doch verstehen wird.

Aber wenn es dann älter ist, dann soll das Kind auch verstehen. Dann entspricht das Begreifen der Welt dem Entwicklungsstadium, in dem der Mensch ist. Und jede Mutter erwartet, daß das Kind die Welt dann aus anderer Erkenntnis heraus sieht.

Aber gibt es nicht so manche Mutter, die selbst noch die Welt anders sieht, als sie ist? Die selbst noch, so wie ihr Kind, ihr Gefühl in die Welt legt und aus ihrem eigenen Wesen das Geschehen deutet?

Ja, wir sehen es alle Tage. Da meinen es die Frauen so gut. Aus ihrer Frauenseele heraus glauben sie an die Menschlichkeit, und sie meinen dann, nun müsse die Wirklichkeit auch so sein.

Deshalb sehen sie das soziale Leben auch nicht in der ganzen Robheit, aus der es letzten Endes getrieben wird. Sie

238 Frauenverbände

Die verhältnismäßig junge Frauenbewegung ist nicht wenig zerplittert. Dafür ein Beispiel: Dem Ehrenausschuß der im Frühjahr 1933 in Berlin stattfindenden Ausstellung „Die Frau“ gehören nicht weniger als 238 Verbände an. Darunter befinden sich winzige, unscheinbare Gebilde. Wie die Zersplitterung fortgeschritten ist, beweist, daß drei Frauenvereine mit dem Namen Pestalozzi-Fröbelhaus vorhanden sind. Warum hier nicht ein Verein genügt, ist nicht ersichtlich. Neben dem bunten Mosaik von Frauenvereinen und -vereinen, gehören dem Ehrenausschuß auch das Arbeiterinnensekretariat des ADGB, die Sozialdemokratische Frauenbewegung und der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt an. 238 Frauenvereine sind etwas viel, mindestens 200 sind überflüssig. Zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen genügen für die Arbeiterinnen Gewerkschaft und Genossenschaft vollauf.

Aber erst mußt du gesund werden. Später erzähle ich dir alles.“

Räthe sah sie fragend an. Marie nickte. „Ja. Aber wie gesagt, später.“

Liebkoßend strich sie über Räthes Stirn. Dann beugte sie sich zu ihr herunter, legte ihre Lippen an Räthes Ohr und flüsterte: „Behner?“

Räthe bejahte nur durch das Senken der Lider.

Marie richtete sich auf. Sie wurde bleich. Ihre Gesichtszüge verzerrten sich und sie biß sich auf die Lippen.

Räthe sah sie erschrocken an. Doch Marie hatte sich schon wieder in der Gewalt und streichelte Räthes Hand. Räthe zog sie zu sich herab. „Damals — Silvester. Ich war betrunken. Wie ich es merkte, war ich ihm verfallen. Da mußte ich mit Rudolf brechen. Und dann . . .“

„Brauchst nicht weiter reden, Liebling!“

Räthe zog Maries Kopf dicht an ihre Rippen und flüsterte mit tränenerstickter Stimme: „Und ich habe doch den Rudolf noch so lieb!“

Marie war die Kehle wie zugeschnürt. Sie konnte nicht mehr sprechen.

Als die Besuchsstunde vorüber war und Marie als letzte ging, winkte Räthe ihr immer wieder nach.

Es war ein schöner Herbsttag. Marie legte den Heimweg zu Fuß zurück, in Gedanken versunken.

So hatte also auch Räthe den Reiz des Leidens leeren müssen bis zur Reige.

Konnte sie der Armen nicht helfen? Sie liebte Rudolf Brückner noch! Und er?

Ob sie versuchte, zu vermitteln. Sie war doch unparteiisch. Vielleicht vergab er ihr.

Zu Hause angekommen, setzte sie sich sofort und schrieb an Brückner. Von Räthe wußte sie die kleine Stadt, in der er jetzt lebte.

„Glauben Sie mir“, schrieb sie zum Schluß, „ich kenne Räthe. Mit Bewußtsein hat sie Sie nicht betrogen. Und als es so weit war, glaubte sie eben, Ihnen die Schmach nicht antun zu können. Wenn die seelisch sonst so robuste Räthe einen Selbstmordversuch begangen hat, ist dies ein Zeichen, wie verzweifelt sie war, und daß sie Sie immer noch liebt. Wenn Sie das arme Knublinchen sehen

könnten, würden Sie erschrecken. Sie hat den Leichtsinne der einen lustigen Nacht schwer gebüßt. Sie ist so traurig, weil in ihr immer noch die Liebe zu Ihnen lebt. Wir sind alle nicht unsehbar. Wollen wir unbarmerzige Richter sein?“

Wenige Tage später hatte sie seine Antwort. „Räthe hat mir mit ihrem Bruch einen furchtbaren Schmerz zugefügt und einen dauernden. Ich konnte sie nicht vergessen. Ich konnte mir ihr Verhalten auch nicht erklären. Wußte ich doch, wie sehr sie mich geliebt hatte. Ich war aber zu stolz, weiter zu forschen. Daß Räthe mir gegenüber wirklich bewußt schlecht handeln könnte, habe ich nie geglaubt. Wenn Sie mir die Sache so schildern, muß ich Ihnen glauben, denn ich weiß, Sie lügen nicht, Marie. Sagen Sie Räthe nichts von unserem Briefwechsel, besuchen Sie sie und schreiben Sie mir, wie es ihr geht. Und dann, wenn sie entlassen wird, komme ich zu Ihnen —“

Der Tag von Räthes Entlassung war herangekommen. Räthe hatte ihre Mutter gebeten, sie nicht abzuholen, sie wollte erst zu Marie, um sich mit ihr auszusprechen. (Fortsetzung folgt)